

**Verabschiedung des Doppelhaushaltes  
der Stadt Freiburg i. Br. für die Jahre 2021/2022**



**Rede des Vorsitzenden der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat  
der Stadt Freiburg i. Br., Prof. Dr. Johannes Gröger,  
am 27. April 2021**

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
verehrte Bürgermeisterin, verehrte Bürgermeister.  
Verehrte Kolleginnen und Kollegen,**

der von Oberbürgermeister Horn und Finanzbürgermeister Stefan Breiter am 7. Dezember 2020 eingebrachte Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022 hat die seit Jahren bestehenden schlimmsten Befürchtungen der Fraktion der Freien Wähler noch bei weitem übertroffen. Eine Rekordneuverschuldung, in der Kombination mit massiven Einsparungen und sogar Zuschusskürzungen zeigt einmal mehr, dass ein grundlegender Reformprozess im Hinblick auf die Neuausrichtung der Verwaltung, aber auch und vor allem im Hinblick auf die Beseitigung eines seit Jahren bestehenden strukturellen Defizites bei den Freiburger Finanzen längst überfällig ist.

Gestatten Sie mir zunächst einen kurzen Rückblick, um die dann folgenden Ausführungen verständlicher zu machen.

Nachdem die Stadt Freiburg bis hinein ins Jahr 2016 ca. 200 Millionen Schulden im Kernhaushalt abgebaut hatte, wurde der Doppelhaushalt 2017 und 2018, trotz sprudelnder Steuereinnahmen mit einer enormen Neuverschuldung von 80 Millionen Euro eingebracht und so auch im Wesentlichen verabschiedet. Geschönt wurde dieses Ergebnis noch dadurch, dass die Stadt zusätzlich für deutlich mehr als 40 Millionen Euro Grundstücke verkaufte.

Der darauffolgende Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 wurde erstmals von dem damals frisch gewählten Oberbürgermeister Horn eingebracht. Erneut wurden 70 Millionen neue Schulden geplant und letztendlich auch gemacht, jedoch mit der Ankündigung des Oberbürgermeisters, spätestens für den übernächsten Doppelhaushalt einen ausgeglichenen, also ohne Neuverschuldung auskommenden Haushalt einzubringen.

Von diesem Ziel sind wir alle weit entfernt und es ist noch nicht einmal andeutungsweise zu erkennen, dass der ernsthafte Wille besteht, dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

90 Millionen Neuverschuldung im Kernhaushalt, ca. 60 Millionen zusätzliche Kassenkredite und mehr als 20 Millionen in das Haushaltsjahr 2020 geschobene Ausgaben belegen die - nicht anders als dramatisch zu bezeichnende - finanzielle Situation, in der sich unsere Stadt tatsächlich befindet. Es ist ausschließlich der Milde des Regierungspräsidiums und dem glücklicherweise noch niedrigen Zinsniveau zu verdanken, dass in dieser Stadt nicht bereits der Insolvenzverwalter das Sagen hat. Die Mehrheiten in diesem Haus, aber auch der nicht erkennbare Wille des Oberbürgermeisters, auf Prestigeprojekte zu verzichten, geben wenig Hoffnung an eine fiskalische Wende, die diesen Namen auch verdient, zu glauben.

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,**

unsere Fraktion hätte ein deutliches Zeichen von Ihnen erwartet, mit dem Sie persönlich gezeigt hätten, dass es Ihnen mit den verbal geäußerten Sorgen um die Finanzen dieser Stadt ernst ist. Ein Abbau Ihres persönlichen Personalumfeldes, eine Auflösung des Referats für bezahlbares Wohnen wären hierbei nur kleine Signale. Vor allem aber, und diese Kritik unserer Fraktion ist nicht neu, gibt es keinen Grund an einem Beschluss festzuhalten, der einer städtischen Gesellschaft, ich rede hier von der Freiburger Stadtbau, die wirtschaftliche Selbstständigkeit entzieht und auf Jahre an den städtischen Subventionstropf hängt.

Der unsägliche 75:25 Beschluss des Gemeinderates ist nicht nur reine Symbolpolitik, sondern schafft keine einzige Wohnung in dieser Stadt zusätzlich. Umso bemerkenswerter ist in diesem Zusammenhang, dass sich die Stadt beharrlich weigert, Auskunft darüber zu erteilen, was dieser Beschluss des Gemeinderates uns bis einschließlich 2030 insgesamt kosten wird.

Untermalt, und das ist eine sehr höfliche Umschreibung, wird dies mit der Grundeinstellung des Oberbürgermeisters und einer Mehrheit des Gemeinderates, dass **Wohneigentum** per se nicht wünschenswert sei. Dies, trotz ständig steigender Mieten und einer massiven Zunahme der sogenannten Altersarmut. Was an einer solchen Politik nachhaltig und sozial sein soll, kann nicht nur unsere Fraktion nicht erkennen. Das Wort von der Neiddebatte passt hier schon eher. Wenn ich in diesem Zusammenhang auf die beschlossene massive Verteuerung des Wohnens durch eine maßlose Anhebung des Anwohnerparkens verweise, wird unsere Kritik umso verständlicher. Sozial geht anders!

Bei inzwischen 1,6 Milliarden prognostizierten Schulden bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften zum Jahresende 2024, dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 7.000,00 Euro, stellt sich die Frage, welcher fiskalische Sachverstand es rechtfertigt, auf den Verkauf sogenannter Handtuchgrundstücke verzichten zu wollen, oder auch anzunehmen, dass die Stadt Freiburg das Baugebiet Kleineschholz und den städtischen Teil des Baugebietes Dietenbach über die sogenannte Erbbaurechtslösung realisieren kann.

Bis zum heutigen Tag ist die Verwaltung eine konkrete Vollkostenberechnung hinsichtlich des zu erwartenden zusätzlichen Finanzierungsaufwandes für die Stadt, also neue Schulden, schuldig geblieben. Wir reden hier über Hunderte von Millionen zusätzlicher Schulden.

Wenn es also nicht kurzfristig einen Paradigmenwechsel bei den Themen Wohneigentum und städtische Finanzen geben wird, steuert Freiburg sehenden Auges auf eine völlige finanzielle Handlungsunfähigkeit zu. Der vom Gemeinderat im Jahr 2006 beschlossene Zwangsverkauf der Freiburger Stadtbau „lässt grüßen“. Gerade im Haushaltsrecht, und dies ist das Thema der heutigen Gemeinderatssitzung, gilt unbarmherzig die Erkenntnis, dass das Gegenteil von „gut gemacht,“ eben „gut gemeint“ ist.

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,**

lassen Sie mich einen Blick auf den aktuellen Haushalt, und damit auch auf einige doch sehr seltsam anmutende Anträge und Beschlussvorlagen werfen.

## **Thema: Tariferhöhungen.**

Der Oberbürgermeister suggeriert, nicht zuletzt auch in seiner Einbringungsrede, dass die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst in den vorgelegten Haushalt nicht eingerechnet sind. Diese Aussage ist schlichtweg falsch, denn selbstverständlich erhalten alle Bediensteten dieser Stadt die ihnen zustehenden Tariferhöhungen. Es stellt sich aber die Frage, warum ein Oberbürgermeister eine solche Behauptung aufstellt. Die Antwort ist schnell gefunden. Es soll der Eindruck erweckt, oder besser gesagt vorgetäuscht werden, dass sich die Verwaltung den gleichen finanziellen Sanktionen unterwirft, wie dies den Zuschussempfängern in sozialen, künstlerischen und kulturellen Bereich zugemutet werden soll. Die Verweigerung der vom Gemeinderat nach jahrelangem Kampf endlich im Jahr 2018 beschlossenen Dynamisierung, ist schlichtweg nichts anderes als eine Zuschusskürzung. Hierüber soll getäuscht werden, um eine Mehrheit in diesem Haus zu bekommen. Die Fraktion der Freien Wähler wird dieser Zuschusskürzung unter falschem Etikett und durch die Hintertür nicht zustimmen. Diese Zuschusskürzung ist unsozial und tritt die Arbeit der vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den betroffenen Institutionen mit Füßen.

## **Thema: Außenbecken Westbad und Neues Eisstadion.**

Hierüber ist viel gesprochen und geschrieben worden. Beide Themen beinhalten einen Offenbarungseid der Verwaltung, aber auch, zumindest teilweise, des Gemeinderates, wenn es darum geht, Pflichtaufgaben - hier rede ich über das Eisstadion, bzw. feste Zusagen, oder sogar Gemeinderatsbeschlüsse - umzusetzen.

Wer Breitensport ernst nimmt und rechtfertigen will, dass die Stadt Freiburg sich finanziell massiv beim Neubau des SC-Stadion engagiert hat, kommt an der Feststellung nicht vorbei, dass es sich bei dem Neubau eines Eisstadions um nichts anderes als um eine, wenn auch freiwillige, Pflichtaufgabe der Stadt handelt. Umso unverständlicher, dass die Verwaltung seit Jahren dieses Thema verschleppt und selbst jetzt, also knapp 3 Jahre vor dem Auslaufen der Betriebserlaubnis, keine Antwort findet, oder finden will. Auch hier eine Anmerkung unserer Fraktion: Die völlig überflüssigen Subventionen an die Freiburger Stadtbau, finanzieren den Neubau des Eisstadions vollständig. Sogar den Neubau eines klimaneutralen Eisstadions.

Noch gravierender stellen sich die Verwaltungsabläufe zum Thema „Außenbecken Westbad“ dar. Zur Erinnerung: Nach jahrelangem Bemühen und unendlichen Diskussionen wurde endlich vor zwei Jahren beschlossen das Projekt „Außenbecken Westbad“ zu realisieren. In das Haushaltsjahr 2020 wurde 1 Million Euro für die Planung eingestellt, mit anschließender Verpflichtungsermächtigung für die Umsetzung dieses Vorhabens.

Als die Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 massive finanziellen Auswirkungen erkennen ließ, hat unsere Fraktion ausdrücklich und wiederholt darum gebeten die aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen dem Gemeinderat offen zu legen. Dies, zumal die Verwaltung finanziell weitreichende Beschlussvorlagen in den Gemeinderat einbrachte. Hier seien die Straßenbahnverlängerung Littenweiler, das Augustinermuseum und natürlich der Stadtbaubeschluss exemplarisch angeführt. Keine Antwort, geschweige denn eine klare

Auskunft wurde erteilt. Die Rechtfertigung der Verwaltung: Der Aufwand hierfür sei unangemessen.

Der Oberbürgermeister redete die finanzielle Situation noch im Frühjahr/Frühsummer 2020 klein, um mit aller Macht den von ihm so geliebten Beschluss über die Neuausrichtung der Freiburger Stadtbau durch den Gemeinderat zu bringen. Hintergrund war natürlich auch, mit diesem Beschluss aus seinem „Alleingang Mietmoratorium FSB“ elegant herauszukommen.

Soweit, so gut. Wenn aber, trotz ausdrücklicher Nachfrage unserer Fraktion zur finanziellen Situation der Stadt, vorsätzlich verschwiegen wird, dass rechtsgültige Gemeinderatsbeschlüsse bereits ausgesetzt sind, kann man dies nur als vorsätzliche Täuschung des Gemeinderates bezeichnen. Selbst als sich der EBM von Kirchbach im Sommer 2020 „versprach“, als er von bereits beschlossenen Aussetzungen dieser Gemeinderatsbeschlüsse sprach, ruderte die Stadt zurück, ohne nun endlich „die Karten auf den Tisch“ zu legen. Bis heute ist die Verwaltung im Übrigen die Antwort schuldig geblieben, auf welcher Rechtsgrundlage die Nichtumsetzung des Planungsbeschlusses für das Außenbecken beruht. Mehrfach nachgefragt hatten übrigens nicht nur die Freien Wähler, sondern auch zahlreiche andere Fraktionen.

### **Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,**

es obliegt nun Ihrer Entscheidung, ob Sie einem solchen Verwaltungsgebaren, das nichts Anderes darstellt, als eine mangelnde Achtung und Beachtung des Gemeinderates und seiner Beschlüsse, Ihren „Segen geben“. Unsere Fraktion wird dies sicherlich nicht tun. Der Gemeinderat ist nach § 24 der Gemeindeordnung, *„das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde“*. Freiburg ist kein inhabergeführtes Einzelunternehmen.

Erlauben Sie mir abschließend noch einen kurzen Ausblick auf die kommenden Jahre.

Die von der Verwaltung vorgelegte mittelfristige Finanzplanung verheißt insgesamt nichts Gutes. 1,6 Milliarden Gesamtschulden Ende 2024. Hierbei nicht einberechnet sind die massiven zu erwartenden Steuer- und Einnahmefälle durch die zweite und dritte Pandemiewelle. Wir haben bereits Ende April 2021 und noch immer ist nicht abzusehen, bzw. erkennbar, wann sich das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben wieder normalisieren wird.

Wie Herr Finanzbürgermeister Breiter selbst im Dezember 2020 ausführte, „sehen“ wir in dem vorliegenden Haushalt nur andeutungsweise die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die gravierenden Einschränkungen, bzw. Steuerausfällen in 2021 sind in diesem Haushalt, wie könnte es auch anders sein, noch in keiner Weise berücksichtigt.

Bereits heute allerdings ist klar, dass sich die Kommunen einerseits auf massiv zurückgehende Einnahmen einstellen müssen, und zusätzlich massive Anstrengungen, auch finanzieller Art erforderlich sein werden, um unsere heimische Wirtschaft, den Einzelhandel, die

Gastronomie, aber auch den gesamten Kunst- und Kulturbereich wieder „in Fahrt“ zu bekommen.

All diesen, sich bereits jetzt zeigenden enormen Herausforderungen wird dieser vorliegende Haushalt für die Jahre 2021 und 2022, auch andeutungsweise nicht gerecht.

Daher:

- Großprojekte, wie z.B. der zweite Bauabschnitt des Verwaltungszentrums, gehören verschoben.
- Der Stadtbaubeschluss gehört zumindest ausgesetzt, wenn nicht sogar aufgehoben.
- Das Verkaufsverbot, zumindest für sogenannte Handtuchgrundstücke gehört revidiert.
- Der Erbbaurechtsbeschluss muss, längst überfällig, mit einem Preisschild versehen werden.
- Der von der Verwaltung angekündigte Restrukturierungsprozess gehört ehrlich und ohne Denkverbote begründet, statt nur in allgemeinen Phrasen zu verweilen.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig ergänzen. Hierzu bedarf es jedoch Mut, aber auch die Bereitschaft über den berühmten „eigenen Schatten zu springen“. Für unsere Fraktion ist dies leider nicht erkennbar.

Unsere Fraktion hat sich daher entschlossen, den vorgelegten Haushalt für die Jahre 2021 und 2022 abzulehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.